

## Geld für Gesundheit & Soziales!

Während die Reichen während der Corona-Krise sogar noch reicher wurden, bekamen die „Corona-Held\*innen“ im Gesundheits- und Sozialbereich nur heuchlerischen Applaus von der Politik. Doch leere Worte zahlen nicht die Mieten der Beschäftigten in diesen unterbezahlten Bereichen – und sie zaubern auch keine besseren Arbeitsbedingungen her.

Seite 2

## Drohende Eskalation

Die rechte israelische Regierung, die von inneren Konflikten und Skandalen geschüttelt ist, will durch die Annexion palästinensischer Gebiete nationalistische Spannungen schüren. Sozialist\*innen in Israel und Palästina kämpfen gegen die Besatzung und für ein Ende des Teufelskreises aus Unterdrückung und Gewalt in der Region.

Seite 12

## Schwerpunkt

Vor 80 Jahren wurde der Revolutionär Leo Trotzki von einem Agenten Stalins ermordet. Er kämpfte gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus. Seine Ideen leben weiter.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 287 | 07/08.  
2020

# Ausfinanzieren statt Kaputtsparen!

Seit Beginn der Corona-Krise werden Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich für ihre Arbeit als Held\*innen gefeiert. Doch mehr als Applaus haben sie für ihren unermüdlichen Einsatz bisher nicht erhalten. In der gesamten Branche fehlt es an Geld: Für Schutz & Corona-Tests, notwendige Lohnerhöhungen und mehr Personal. Diese chronische Unterfinanzierung geht uns alle etwas an – wir alle sind auf einen gut ausgestatteten und nicht-profitorientierten

rend Milliarden-Rettungspakete für Konzerne wie die AUA geschürt werden, sollen sich die „systemrelevanten“ Kolleg\*innen mit symbolischen Gesten zufriedengeben. Dagegen müssen wir uns wehren.

Viele dieser Kolleg\*innen sind vor der Pandemie aktiv geworden und haben in einer beeindruckenden Streikbewegung die 35h-Woche gefordert, bevor sie von der Gewerkschaftsführung mit miesen KV-Abschlüssen (im SWÖ und bei der Caritas) verraten wurden. An die-

## Gesundheit und Soziales statt Profite!

Gesundheits- und Sozialbereich – nicht nur während einer Pandemie – angewiesen.

Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, dass es der Regierung um den Schutz der Profite für die Reichen und Konzerne geht, nicht um unsere Gesundheit. Wäh-

se Kämpfe müssen wir anknüpfen, denn Verbesserungen werden uns nicht geschenkt.

Die SLP wird in den nächsten Monaten gemeinsam mit Kolleg\*innen und Beschäftigten-Initiativen wie „Sozial aber nicht blöd“ eine Kampagne or-



ganisieren, die einen ausfinanzierten, bedarfsorientierten Gesundheits- und Sozialbereich fordert. Es ist notwendig, ein langfristiges Bündnis auf

die Beine zu stellen, das die Kräfte aus diesem Bereich bündelt und die Gewerkschaften von unten unter Druck setzt, an dieser Front in die Offensi-

ve zu kommen. Als ersten Schritt rufen wir zu einer Demonstration in Wien rund um die Wahlen sowie zu Aktionen in den anderen Bundesländern am selben Tag auf.

In Österreich besitzen nur 320 Menschen ein Drittel des gesamten Finanzvermögens. Von diesem Geld könnten Milliarden-Investitionen in Gesundheit und Soziales bezahlt werden. Holen wir uns das Geld!

## Die SLP fordert:

- 500€ Corona-Prämie pro Monat + 6% Lohnerhöhung
- 20% mehr Personal für den gesamten Gesundheits- und Sozialbereich
- Arbeitszeitverkürzung auf 35h bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Milliarden für eine Ausfinanzierung – die Reichen sollen zahlender Beschäftigten und Betroffenen!

Der Standpunkt



**Von Sonja Grusch** Während wir wiedergewonnene Freiheiten nach dem Lockdown genießen, rollt die 2. Welle auf uns zu. Dass sie kommt, ist wenig überraschend: Wenige Liter Desinfektionsmittel für ein ganzes Schulgebäude (nicht pro Tag, sondern insgesamt), kein zusätzliches Reinigungspersonal für öffentliche Gebäude, kaum Überprüfung von Schutzmaßnahmen in Großbetrieben, keine Schaffung menschenwürdiger Arbeits- und Unterbringungsmöglichkeiten für z.B. Erntehelfer\*innen, keine Massentests (nicht einmal im Tourismus, wo sie groß angekündigt wurden)...

Die grün-unterstützte Kurz-Regierung wird bei einer 2. Welle vor einem neuerlichen Lockdown zurückschrecken. Noch stärker wird sie nach dem Prinzip „individuelle Freiheiten einschränken, damit die Wirtschaft offen bleiben kann“ vorgehen. Umzusetzen ist so etwas nur mit Stimmungsmache, damit wir

## Dem Einzelnen die Verantwortung umhängen

uns gegenseitig bespitzeln, und mit Strafen. Doch es ist nicht das Ballspielen im Park, sondern Ausbeuterbetriebe wie Tönnies, die für Masseninfektionen verantwortlich sind! Es ist gut und richtig, wenn wir uns alle rücksichtsvoll verhalten – wenn aber die Unternehmen weiterhin ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Beschäftigten produzieren, wird das nichts nützen!

Wir treten für größtmögliche Freiheiten für die Bevölkerung, fixiert und kontrolliert durch demokratische Strukturen vor Ort ein. Die Beschäftigten müssen den Schutz in den Betrieben organisieren, finanziert durch das Unternehmen. Statt Milliarden an Großkonzernen zu verschenken, müssen z.B. die Gruppen in Kindergärten verkleinert und mehr Personal eingestellt werden. Statt Profite zu retten, müssen kostenlose Massentests für alle vorbereitet und durchgeführt werden. Das Argument „das können wir uns nicht leisten“ ist eine Lüge: Milliarden an Vermögen liegen bei Superreichen und Großkonzernen – wir müssen sie nur abholen, um sie zum Wohle aller einzusetzen!

**Impressum:**

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge  
Herstellung- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



## Geld, Geld und nochmal Geld!

**Allen ist klar:** Bei der Corona-Bekämpfung kommt es auf die Beschäftigten an. Viele Branchen wären hier zu nennen, aber

Burn-Out Branchen sind. Doch in den letzten Jahren ist es hier immer wieder zu Widerstand gekommen. Beschäftigte

jahr. Corona hat den Kolleg\*innen dann nochmal besonderes Improvisationstalent abverlangt. Dass sie das gemeistert haben, hat das Selbstbewusstsein vieler noch einmal gestärkt.

### Ausfinanzierung heißt: Endlich genug Geld für Gesundheit und Soziales!

den meisten fällt sofort der Gesundheits- und Sozialbereich ein. Corona hat hier den Scheinwerfer auf schon lange bestehende Probleme gelenkt, die auch jetzt noch nicht behoben werden: Personalmangel, geringe Löhne, zu hohe Arbeitsbelastung... Kein Wunder, dass dies die Haupt-

haben sich oft selbst organisiert, um dann besser Druck auf die offiziellen Gewerkschaftsstrukturen ausüben zu können.

**Der Höhepunkt** dieser Entwicklung waren sicher die drei Streikrunden im privaten Sozialbereich (SWÖ) im Früh-

**Es ist jetzt Zeit**, in die Offensive zu gehen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Am dringendsten fehlt es schlicht an Geld. Superreiche wie Mateschitz (22 Mrd.) oder Piech-Porsche (37 Mrd.) müssen wir dafür zur Kasse zitieren. Dafür braucht es ein starkes Bündnis zwischen den Initiativen in der Branche und die Solidarität der Patient\*innen, Klient\*innen und Angehörigen!

**Till Ruster**

## Bündnispartner\*innen überall!

**Der Gesundheits- und Sozialbereich** hat viele Freund\*innen. Von einer echten Ausfinanzierung würden alle profitieren. Mehr Personal hieße auch bessere Versorgung, mehr Geld für Ausstattung, weniger Kosten bei Spitalsaufenthalten, Rezeptgebühren und Betreuung von Kindern und Angehörigen usw. Jetzt, wo alle die „Corona-Held\*innen“ vor Augen haben, ist es Zeit, diese Freund\*innen

zu mobilisieren. Gehen wir gemeinsam auf die Straße, tragen wir das Thema „Ausfinanzierung“ in den Wahlkampf! Niemand in der Politik soll die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich mehr mit „Anerkennung“ abspeisen dürfen! Kein\* Wirtschaftsvorteil\*in soll mehr mit Gerede von „Lohnnebenkostensenkung“ Einsparungen beim Gesundheits- und Sozialsystem einläuten!



## Die Gewerkschaften aufrütteln

**Die Streikenden** im SWÖ haben es geschafft: Jahrelang hat die Gewerkschaftsführung Streiks im Sozialbereich für unmöglich und Streikversammlungen im öffentlichen Bereich für illegal erklärt. Dieses Jahr gab es dann gleich drei Streikrunden und drei öffentliche Kundgebungen und Demos. Die Beschäftigten haben das eingefordert. Viele haben sich dafür in kämpferischen Basisinitiativen organisiert. Betriebsrät\*innen in den

Branchen sind sehr gut miteinander vernetzt. So konnten sie die schwerfällige Gewerkschaftsführung vor sich hertreiben. Daran gilt es anzuknüpfen: So eine Art der Basis-Vernetzung kann ein Schlüssel sein, die Gewerkschaften für die Beschäftigten zurückzuerobieren. Denn Gewerkschaft muss mehr sein als nur KV-Verhandlungen. Eine Ausfinanzierungskampagne müsste eigentlich von ihr ausgehen.





## Gegen Arbeitslosigkeit oder Arbeitslose?

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie ist die Arbeitslosigkeit in Österreich regelrecht explodiert. Mit über einer

Rachen, während diese weiter Leute auf die Straße setzen oder in Kurzarbeit parken. Statt durch öffentliche Programme

Arbeitslosen in jene Regionen, in welchen es Arbeit gibt (Wirtschaftsministerin Schramböck: „Bei jungen Menschen ist

über 50 haben automatisch mit einem „Punkteabzug“ zu rechnen und gelten als schwerer vermittelbar.

### Statt Jobs zu schaffen, setzt die Regierung auf noch mehr Repression.

halben Million Arbeitssuchenden (11,5% im Mai 2020) ist ein historischer Tiefpunkt erreicht: Seit 1946 waren nicht mehr so viele Menschen auf Jobsuche. Besonders betroffen sind Menschen ohne Abschluss an einer höheren Schule und Migrant\*innen.

Was ist die Antwort der Regierung auf diese sich entwickelnde Krise? Sie werfen den Unternehmen Milliarden in den

Arbeitsplätze zu schaffen, erhöht die Regierung die Hetze gegen Arbeitslose.

Bereits im Jänner dieses Jahres hat Kanzler Kurz, bezugnehmend auf eine Meldung des AMS, nach welcher es im Jahr 2019 zu 9,2% mehr Sanktionen beim Bezug von Arbeitslosengeld gekommen sei, einen „noch strengeren Vollzug“ versprochen. Vorstöße, wie z.B. die Versendung von

nicht einzusehen, dass sie sich nicht bewegen“) oder die Hetze gegen Arbeitslose sind nicht neu. Sie seien faul, wollen nicht arbeiten und leben von unseren Steuern. Eine weitere Eskalation ist der AMS-Algorithmus. Dieses Computerprogramm kategorisiert Arbeitslose in 3 Gruppen und soll laut Regierungsprogramm „weiterentwickelt“ werden. Arbeitslose oder Menschen

Man kann noch so „willig“ sein: Wenn kein Job vorhanden ist, kann man auch keinen finden.

Die Lösung für die Arbeitslosigkeit ist nicht noch mehr Repression gegen Arbeitslose, sondern liegt auf den Konten der Reichen. 320 Milliardär\*innen und Millionär\*innen besitzen in Österreich über ein Drittel des gesamten Vermögens. Vergesellschaften wir ihre Unternehmen und holen uns ihr Geld, um die notwendigen Maßnahmen umzusetzen!

Moritz Erkl

## Was es wirklich braucht

**Arbeitslosengeld:** Höher und unbefristet! 1700 Euro sind das Mindeste. Ein unbefristetes Arbeitslosengeld in dieser Höhe kann problemlos aus den prallen Geldbeuteln von Mateschitz, Benko, Horten und Co. finanziert werden. Gleichzeitig braucht es im Gesundheits- und Sozialbereich eine sofortige Lohnerhöhung um 6%. Das würde die Jobs attraktiver machen und den „Fachkräftemangel“ mit der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit verbinden.

**Arbeitszeitverkürzung** und Personalausgleich! Arbeitssuchende gibt es genug. Arbeit auch. Jobs nicht. Die einzig effektive Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit ist eine dringend überfällige Kürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn – so können auf einen Schlag Hunderttausende Jobs geschaffen werden – sowie die Anstellung von neuem Personal. Alleine im Gesundheits- und Sozialbereich braucht es schon jetzt 20% mehr Personal.

**Gewerkschaften** in die Offensive! Es ist höchste Zeit, dass die Gewerkschaft in unserem Interesse kämpft. Eine Kampagne zur Erhöhung des Arbeitslosengelds ist richtig, doch es braucht mehr als nur PR-Aktionen, nämlich Mobilisierungen und Kampf um jeden Arbeitsplatz. Statt Sozialplänen zur Unternehmerkonformen Abwicklung von Kündigungen muss der ÖGB jetzt mit der Bekämpfung von Stellenabbau beginnen.

**Schluss mit** allen AMS-Schikanen! Das AMS soll bei der Arbeitssuche unterstützen – im Sinne der Suchenden, nicht im Sinne einer Kontrollinstanz. Sinnlose „Schulungs“-Maßnahmen, Schikanen und Kontrollen müssen sofort eingestellt werden. Statt Berater\*innen-Willkür oder Algorithmus-Aussortierung braucht es demokratische Kontrolle des AMS durch Arbeitslose selbst: Sie sollen bestimmen, welche Unterstützung sie brauchen.

### Der rechte Rand

**Haben Sie Angst** vor religiösem Fundamentalismus? Schmökert man in Texten und Kommentaren auf GLORIA.TV, mischt sich dieses Gefühl mit ... Ungläubigkeit. Ist das wirklich ernst gemeint? Von Segenssprüchen für Donald Trump (Melania ist Katholikin!) über Flüche auf 'schwulenfreundliche Bischöfe' bis zum Gebet gegen Beatles-Musik als 'Lockmittel Satans'. Warum nur öffnet man eine solche Seite? Leider stecken dahinter relevante Kräfte, die nicht nur in einem Schweizer Bergdorf ihr Unwesen treiben, sondern in und um die rechtsextreme AfD und FPÖ zu wirken scheinen. In Österreich organisiert unter anderem das Geschwisterpaar Doppelbauer in Wien regelmäßig den 'Marsch für die Familie', um gegen Pride-Parade, 'Gender-Wahn' und Selbstbestimmung Gift und Galle zu speien. Ein Naheverhältnis besteht zu 'Human Life International', die schon vor vielen Jahren mit Psychoterror gegen Frauen vor Kliniken auffielen. 2013 wurden in Wien und OÖ bei gloria.tv als Ableger des rechtsextremen Portals kreuz.net (mittlerweile eingestellt) Hausdurchsuchungen durchgeführt. Mit an Bord ist übrigens auch Andreas Laun, ehemaliger Weihbischof von Salzburg. Er gehört zu einem Cluster ultra-rechter Bischöfe und Kardinäle um Carlo Viganò (derzeit zentral in Trumps Wahlkampf involviert und von gloria.tv als Retter des Abendlandes gepriesen). 'Fremde Mächte' wollen 'Panik' erzeugen, um eine 'Weltregierung' einzusetzen. Ein Schelm, wer dabei Antisemitismus vermutet. Im Mai musste sich gar die Deutsche Bischofskonferenz von diesem verschwörungstriefenden Irrsinn distanzieren.

Franz Neuhold

## Beruhigungspillen und PR-Aktionen

Der ÖGB fordert einen „Corona-Tausender“ für die „HeldInnen“, „die während der Corona-Krise das Haus verlassen mussten, um zu arbeiten und damit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt waren“. Das ist das Mindeste, doch nicht einmal das wird von der Regierung umgesetzt. Ein solcher Tausender ist aber völlig unzureichend und müsste eigentlich ein Zusatz zu einer echten, langfristigen Lohnerhöhung sein angesichts der Vermögen, die die Regierung den Unternehmer\*innen schenkt.

Im Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich wurde eine „Corona-Gefahrenzulage“ vorgesehen. Sie beträgt maximal 500,- Euro und richtet sich nach der Anzahl der Stunden von 16.3.-30.6.2020, in denen persönlicher und physischer Kontakt zu betreuten Personen bestand. Ein Hohn angesichts der niedrigen Löhne im privaten Gesundheits- und Pflegebereich. Erst bei 220 Stunden persönlichem physischen Kontakt in diesem Zeitraum bekommt man die vollen 500,-. Das macht etwa 33,- pro Woche – und viele bekommen dank Schlupflöchern für die Unternehmen nicht einmal das. Angesichts der schon ohne Corona hohen Belastung und gleichzeitig niedrigen Einkommen

in der privaten Sozialwirtschaft – wo verhältnismäßig viele Frauen arbeiten – kann das nur als ein „Ab-speisen“ bezeichnet werden.

Zum Vergleich: Wiener Fiakerunternehmer bekommen pro Pferd und Monat von der Stadt 250,- für Futter. Während es für Landwirte eine dauerhafte jährliche Pensionserhöhung von durchschnittlich 450,- gibt, sind für Beschäftigte – wenn überhaupt – nur geringe Einmalzahlungen angedacht. Arbeitslose bekommen – vielleicht – zwischen Juli und September 150 Euro/Monat, von denen oft nicht viel bleibt, weil sie auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Große Handelsketten verteilen Gutscheine oder Gutschriften auf Mitarbeiterkarten an Beschäftigte. Auf diese Weise bleibt das Geld als Umsatz im Unternehmen, die Kosten beschränken sich auf Wareneinkaufspreise und trotzdem sieht es nett aus. Langfristige, dauerhafte und echte Erhöhung in cash von Löhnen, Arbeitslosengeld, Pensionen sowie mehr Urlaub und Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn und Personalausgleich sind so dringend nötig, dass wir selbst aktiv werden müssen, wenn die Gewerkschaften sich auf Worte beschränken.

Helga Schröder



## Bosse nutzen die Kurzarbeit aus

Sowohl ÖGB und AK als auch WKO & Co bejubelten das Kurzarbeit-Modell –

werden den Unternehmen aus öffentlichen – also unseren! – Geldern

*Mit der Kurzarbeit zahlen wir selbst, um (vorerst) nicht gefeuert zu werden.*

das alleine sollte schon skeptisch stimmen. Es stimmt, dass viele froh sind, durch die Kurzarbeit ihren Job (vorerst) behalten zu haben. Doch die Bosse nutzen das Modell aus, um ihre Profite auch in der Krise zu erhöhen. Zunächst auf die ganz offene Weise: Die ausgefallenen Stunden

gegenfinanziert. Wir zahlen also selbst, um nicht gefeuert zu werden. Bis Anfang Juli waren das bereits über 3 Milliarden Euro. Kein Wunder also, dass zahlreiche Unternehmen maximale Kurzarbeit (90%) anmelden – noch weniger wundert es, dass sie uns in der Praxis trotzdem mehr als

die Kurzarbeits-Stunden arbeiten lassen. Bis Anfang des Sommers gab es bereits 150 Anzeigen der Finanzpolizei gegen Unternehmen, die Kurzarbeitsgeld kassieren, sich aber nicht an vereinbarte Arbeitszeitreduzierung halten. Einerseits wollen die Bosse die für sie profitable Kurzarbeit so lange wie möglich verlängern – andererseits schielen sie bereits auf die Kündigungswellen am Ende der Kurzarbeit, so wie der Innviertler Flugzeugzulieferer FACC, der bereits angekündigt hat, 700 Beschäftigte zu kündigen.

Martina Gergits

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

## – Favoriten: Wo war der ÖGB?

Als im Juni Rechtsextreme aus dem Umfeld der türkischen Grauen Wölfe linke Kundgebungen und Einrichtungen in Wien Favoriten angriffen, sorgte das für bundesweite Schlagzeilen und sogar für internationale diplomatische Nachbeben. Die faschistischen Angriffe begannen mit einer Attacke auf eine feministische Demonstration gegen Gewalt an Frauen und richteten sich dann zunehmend gegen den Verein DIFD. DIFD ist ein Zusammen-

schluss gewerkschaftlich organisierter migrantischer Beschäftigter und Teil der AK-Fraktion „KOMintern – Kommunistische Gewerkschaftsinitiative international“. Doch ausgerechnet die offiziellen Gewerkschaftsstrukturen schwiegen dazu – und das, obwohl ein Lokal von Gewerkschafts-Aktivist\*innen Ziel der Angriffe war und Aktivist\*innen einer AK-Fraktion körperlich verletzt wurden! Es ist ein Skandal, dass von ÖGB-

und AK-Spitzen hierzu kein Piep zu hören war. Nicht nur wäre es notwendig, dass sich diese Strukturen in der Öffentlichkeit klar hinter ihre Mitglieder und Aktivist\*innen stellen – sondern auch, dass sie bei den Demos auf der Straße präsent sind. Nicht zuletzt braucht es gewerkschaftliche Kampagnen in Betrieben, um über die Gefahr der Grauen Wölfe und über die Notwendigkeit internationaler Solidarität aufzuklären!

## + Gleicher Lohn

Zwei Jahre hat die Basisinitiative „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“ in Wien dafür gekämpft, dass Kolleg\*innen, die bereits länger im Wiener Pflegebereich arbeiten, in das neue Besoldungsrecht wechseln („optieren“) können. Ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung – oft sogar gegen sie – organisierte sie Demos und Aktionen. Nun kommt die Optierung – allerdings erst ab nächstem Jahr. Das heißt: Für die Zeit zwischen 2018

und jetzt bekommen die Kolleg\*innen immer noch weniger Geld. Die Optierung muss rückwirkend bis 2018 gelten, um jeglichen Lohnverlust auszugleichen! Außerdem fordert „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch mehr: Nämlich Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und mehr Personal im Spital. Mit diesem ersten Erfolg im Rücken kann jetzt für diese notwendigen Verbesserungen gekämpft werden!





## Patriotischer Urlaub & Konsum?

„Gemeinsam stark – gemeinsam durch die Corona-Krise“, schreibt die WKO als Überschrift in ihrem Aufruf, bei heimischen Anbietern zu

weil „wir“ ja zusammenhalten müssen. Hunderttausende werden in die Kurzarbeit „gerettet“, während Unternehmen, die Beschäftigte

mischen Profiteuren – beispielsweise PULS 4 oder Servus TV aus der Fernsehwelt oder Semperit AG (Gummihersteller) an der Börse; nicht zu vergessen natürlich auch Kurz und die Schwarz-Grün Regierung, die jeweils die besten Umfragewerte bzw. überhaupt seit 40 Jahren erreichen – trotz Komplettversagen in Ischgl, wo ÖVP-dominierte Behörden viel zu spät auf die Corona-Situation reagiert hatten.

Jetzt, wo die Temperaturen wärmer und die Isolationsmaßnahmen zurückgefahren werden, wird die Werbetrommel für Urlaub „dahoam“ gerührt – für die gesamte Welt gilt ja nach wie vor mindestens eine Reise-warnung der Stufe 4 („Hohes Sicherheitsrisiko“). Argumentiert wird damit, dass

Urlaub im eigenen Land ja klimafreundlicher sei – bestenfalls CO<sub>2</sub>-technisch, die Verschmutzung der Alpen wird durch wärmer werdende Sommer ein immer größeres Problem – und man jetzt die „eigene“ Tourismusindustrie stützen müsse. Letzteres ist besonders zynisch: Die Profitgier dieser Industrie ist hauptverantwortlich für die Corona-Ausbreitung in Österreich – Stichwort Ischgl. Bis Ende März wurden 60.000 Menschen im Bereich Gastronomie und Beherbergung arbeitslos (die meisten davon in Tirol). Jetzt können diese Leute wieder – zu schlechteren Konditionen, weil es mehr Mitbewerber\*innen gibt – eingestellt werden. Die Hotellerie-Industrie rechnet – je nach Szenario – mit

23,8% bis 31% Verlusten im Vergleich zum Vorjahr (beim Inlandtourismus aber ein Plus von ca. 10%); ein Schaden, den mehrheitlich die Beschäftigten tragen werden. Ebenso können Beschäftigte die Corona-Tests oft nicht in Anspruch nehmen, weil sich Betreiber vor Imageschäden fürchten oder die Tests nicht während der Arbeitszeit genehmigt werden.

Gemeinsam durch die Corona-Krise zu gehen, heißt gemeinsam gegen Entlassungen und Lohnkürzungen jeder Art zu kämpfen und es heißt auch, gemeinsam die protektionistische Rhetorik von „unserer“ Wirtschaft zu entlarven und bekämpfen; wer bezahlt und wer bekommt, sehen wir ja – hier in Österreich und international!

**Stefan Brandl**

### Gemeinsam gegen Kündigungen und Lohnkürzungen kämpfen, statt „unsere“ Wirtschaft „schützen“.

kaufen, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken – doch hinter der blumigen Rhetorik steckt zynische Profitgier.

„Die Wirtschaft“ zu schützen heißt etwas ganz Anderes als die Menschen zu schützen. „Unsere“ Wirtschaft wird „geschützt“, indem im SWÖ und in anderen Branchen die KV-Verhandlungen abgewürgt worden sind,

seit Jahrzehnten ausbeuten, ungeschoren durch die Krise kommen. Die zynische Realität ist, dass Unternehmen 38 Mrd. Euro bekommen, während Arbeitslose und prekär Beschäftigte auf „nach Corona“ vertröstet werden.

Neben offensichtlichen Gewinnern der Corona Krise wie Netflix, Amazon, Zoom oder Pharmakonzernen gibt es auch eine Reihe von hei-

### WSC: Solidarität

Bei einem der letzten Heimspiele vor dem Shutdown zeigte der Wiener Sport-Club im März Solidarität mit den Streikenden im Pflege- und Sozialbereich, die damals für eine 35-Stundenwoche kämpften. Eine Streikende konnte vor Anpfiff über die Stadionlautsprecher zu den Fans im Stadion über den Arbeitskampf sprechen und machte anschließend den Ehrenankick. Begrüßt wurde sie ganz offizi-

ell von Funktionär\*innen des Vereins. Fans zeigten Solidaritätsplakate. Die Aktion war von Fans des WSC organisiert worden, die selber im Pflege- und Sozialbereich arbeiten. Auch einen „Sozial aber nicht blöd“-Aktionstag hatten die Fans bereits unterstützt. Hier sieht man, welches Potential für Solidarität eine Kampagne für einen ausfinanzierten Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich hat.

### Salzburger Maßstäbe

Anfang Juli führte die Stadt Salzburg in Amtsgebäuden „mit vielen Kunden aus Westbalkan-Staaten“ die Maskenpflicht wieder ein – man wolle Infektionen vorbeugen. Gleichzeitig wurde eine Mitarbeiterin der Salzburger Festspiele positiv auf Corona getestet. Am Fahrplan für die Organisation der Festspiele änderte das jedoch nichts. Diese sollten wie geplant über die Bühne gehen – mit zahlreichen internationalen

Gästen aus Ländern, deren Corona-Entwicklung weitaus besorgniserregender als im Westbalkan ist. Aber die Gäste der Festspiele sind eben keine Arbeiter\*innen mit migrantischem Hintergrund, sondern die Reichen und Schönen aus aller Welt. Und die wollen sich den 100. Jahrestag ihres elitären Spektakels nicht entgehen lassen. Also sollen 80.000 von ihnen in die Salzburger Innenstadt strömen. Bis zu

1.250 Plätze werden pro Vorstellung befüllt. Auf den Plätzen gibt es keine Maskenpflicht. Während also Menschen mit Verbindung zum Westbalkan als potentielle Super-spreader behandelt werden, rollt man den Superreichen den roten Teppich aus. Wenn die Profite der Organisator\*innen so viel wichtiger als Menschenleben sind, wird der Tod dieses Jahr nicht nur für den „Jedermann“ kommen.

## An Injury to One Is An Injury to All!

In den letzten Wochen gingen hunderte Menschen weltweit auf die Straßen, um gegen Rassismus und Polizeigewalt zu demonstrieren. Auch in Österreich waren mehrere Zehntausende auf den Straßen. Am 4. Juni waren es in Wien 50.000 Menschen und am 5. Juni nochmal fast 10.000 – viele Jugendliche und von Rassismus betroffene Menschen. In Linz haben 3.000 Menschen am Hauptplatz demonstriert. Auch eine Form von Polizeigewalt in Zeiten von Corona: Die Polizei hat den Organisator\*innen verboten, zu marschieren, weswegen es keinen Platz für einen Sicherheitsabstand gab! Und weil die Öffis mitten durch die Demo fuhren, haben wir versucht, mit unserem Megaphon die Demo ein wenig zu vereinen, in dem wir Sprüche vom einen Teil zum anderen weitergeleitet haben.

Auch in Salzburg, Graz und Innsbruck gingen tausende Menschen auf die Straßen und die SLP war auf der Mehrheit der Demos dabei. In Wien stand unser Zelt im Herz der Auftaktkundgebungen. Unser Block rief Sprüche wie „No Justice no peace – no racist police“ und unsere Materialien zu einer sozialistischen Alternative mit Zeitungen, Broschüren und themenbezogenen Flug-

blättern wurde gut angenommen. In Linz hielt die ehrenamtliche Flüchtlingshelferin Christine Franz, Aktivistin der SLP, eine Rede, in der sie gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben, forderte. Denn uns ist sehr wichtig aufzuzeigen, dass Rassismus nicht nur ein Problem in den USA, sondern auch in Österreich ist, und dass wir eine internationale Bewegung gegen Rassismus und Polizeigewalt brauchen. Denn nur eine Bewegung, wo sich Jugendliche, Beschäftigte und auch Betroffene solidarisieren, kann die Spaltungen, die Rassismus hervorruft, überwinden. Auch ist es wichtig zu verstehen, dass langfristige Erfolge nur dann erzielt werden können, wenn wir uns organisieren und Strukturen schaffen, mit denen wir auch Lehreinrichtungen und Betriebe miteinbeziehen können. Es braucht also an diesen Orten Aktionskomitees, die sich untereinander vernetzen, koordinieren, und Forderungen- und Aktionsideen diskutieren. Darum fordern wir auch auf unserem Material "Taten statt leere Worte – Straßenmobilisierungen in den kommenden Wochen und Monaten: Betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen gegen rassistische Diskriminierung".

**Christian Melt**



## Aktiv für mehr Geld!

Am 12. Juni protestierte das Frauentagsbündnis am Taubenmarkt in Linz gegen den Lohnun-

tagsbündnis zuvor eine Online-Diskussion zu „Hausarbeit und Kinderbetreuung“. Im Haupttre-

des Sozial- und Pflegebereichs auch der Aufbau sozialer Einrichtungen (Kantinen, Wä-

## Anlässlich des GEOG: Frauentagsbündnis und SLP sagen „Pflege und Gesundheit geht uns alle an!“

terschied zwischen Männern und Frauen – dabei auch Aktivist\*innen der SLP. Der Tag steht für den geschlechtsspezifischen Gesamt-Einkommensunterschiedes (GEOG), der in Österreich 44,9% beträgt. Eine hohe Zahl, die neben der klassischen Lohnarbeit auch die unentlohnte Arbeit (Haus- und Versorgungsarbeit) einberechnet.

Zur inhaltlichen Auseinandersetzung organisierte das Frauen-

ferat einer SLP-Aktivistin und Bündnisbeteiligten wurde eine klare sozialistische Ausrichtung deutlich: „Die Benutzung von Frauen als Gratisarbeitskräfte spart dem kapitalistischen Staat Milliarden. Verbesserung ist nur denkbar, wenn Care-Arbeit in den Status der Lohnarbeit gehoben und verstaatlicht wird“, so die Vortragende.

Bei der Aktion wurde neben der Ausfinanzierung

schereien, Reinigungsunternehmen)gefordert. Mit Straßenkreide, Flyern und Reden wurde die Aufmerksamkeit von Passant\*innen geweckt und so diverse Kontakte gesammelt. Neben den Flyern des Frauentagsbündnis verbreiteten SLP-Aktivist\*innen auch eigenes Material, wie Zeitungen und Broschüren. Eine starke Aktion mit klarem politischem Profil.

**Sarah Lammer**

## PRIDE in Linz: Gemeinsam gegen jede Diskriminierung!



Auch dieses Jahr gingen wir trotz Corona auf die Straße, um für die Rechte von Queers, aber auch gegen Rassismus und Sexismus zu demonstrieren. Knapp 100 Leute beteiligten sich an unserer Kundgebung. Auf der Kundgebung riefen wir in Erinnerung, dass unser Pride-Tag entstanden ist, weil zwei schwarze Transfrauen sich gegen Polizeirepressionen wehrten. Collin berichtete über seine Lebensreali-

tät als Transperson in der Schule und am Arbeitsplatz. Chris Melt, ebenfalls Trans, ergänzte, wie wichtig es ist, den Kampf gegen das kapitalistische System zu führen und wie wichtig Solidarität ist. Es ist wichtig zu verstehen, dass wir gemeinsam gegen das unterdrückereiche und ausbeuterische System des Kapitalismus ankämpfen müssen, indem wir uns mit unseren Mitmenschen solidarisieren.

## Andere über uns



Anlässlich der Black Lives Matter-Großdemo in Wien lud oe24 SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch zur Diskussion über Polizeigewalt und Rassismus ein. Sonja stellte klar, dass es auch in Österreich systemischen Rassismus gibt. Sie machte auf die Fälle von Polizeigewalt mit tödlichem Ausgang hierzulande aufmerksam und forderte demokratische Kontrolle über die Polizei.





## Der permanente Revolutionär

**Vor 80 Jahren** wurde der Revolutionär Leo Trotzki durch einen stalinistischen Agenten ermordet. Das Schicksal vieler revolutionärer Köpfe, die nach ihrem Tod ihres Inhalts beraubt als harmlose Götzen dargestellt wurden, blieb Trotzki jedoch

erarbeitet hat. Trotzki war ein Virtuose der materialistischen Dialektik. Von Trotzki lernen heißt nicht, starre Formeln und Dogmen auswendig zu lernen, sondern eine Sache in ihrer ganzen Komplexität zu betrachten, aufmerksam auf sich ändernde Rah-

tion führte er die revolutionären Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen gegen imperialistische Armeen und zaristische Generale an, die das revolutionäre Russland stürzen wollten, weil es gewagt hatte, seine Herren zu verjagen. Dieser Bürger\*innenkrieg

nahmen, brandmarkte der Stalinismus jede mögliche Bedrohung als Trotzkiismus - so entledigte sich die stalinsche Bürokratie der besten und aufrichtigsten Köpfe der Oktoberrevolution. Der größte Gegner war hier natürlich Trotzki selbst. Neben gefälschten Bildern, vernichteten Werken und der Streichung Trotzkis aus den Geschichtsbüchern wurde auch sein Verhältnis zu Lenin verzerrt dargestellt.

**Die beiden** Führer der Oktoberrevolution waren nicht immer einer Meinung. Nach der Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Bolschewiki und Menschewiki war ihr Verhältnis getrübt, da Trotzki damals noch nicht die Tragweite dieser Spaltung verstand. Trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten vor 1917 waren sie politisch jedoch nie weit auseinander - Trotzki stand den Bolschewiki näher als den reformistischen Men-

schewiki - und beide hatten so viel Courage, dass sie eigene Fehler eingestehen konnten. Vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse fanden Trotzkis Theorie und Lenins Organisation zusammen: Trotzki trat erst 1917 den Bolschewiki bei, aber Lenins „Aprilthesen“ basierten auf Trotzkis Theorie der „permanenten Revolution“. Zu der Zeit hielten die führenden Bolschewiki, unter ihnen auch Stalin, Lenin für verrückt, da er in diesen Thesen von der Notwendigkeit der Machtergreifung durch das Proletariat schrieb. Der Oktober gab später Lenin und Trotzki recht. Auch 80 Jahre nach seinem Tod ist Leo Trotzki nicht nur ein Symbol für den unbeugsamen Kampf gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus, sondern auch Ideengeber für Marxist\*innen in Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen weltweit.

Thomas Hauer

### *Leo Trotzki kämpfte sein Leben lang gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus.*

erspart. Wo sein Name heute fällt, polarisiert er. Von seinen Gegner\*innen - Verteidiger\*innen des Kapitalismus, Faschist\*innen, aber auch heutige Stalinist\*innen - wird er gehasst, von seinen Anhänger\*innen verteidigt. Diese Verteidigung beschränkt sich aber nicht nur auf seine Errungenschaften. Vor allem bezieht sie sich auf seine Arbeiten, Analysen und die Methode, mit der er diese

menbedingungen zu sein und Fehler zu akzeptieren, aber auch aus ihnen zu lernen.

Wo auch immer Trotzki politisch aktiv war, spielte er eine führende Rolle. In den Revolutionen 1905 und 1917 war er jeweils Vorsitzender des St. Petersburger Sowjets. Nach 1917 war er unter anderem Volkskommissar für äußere Angelegenheiten und Gründer der Roten Armee. In dieser Funk-

schwächte das Land enorm und vertilgte viele der besten Kommunist\*innen, sodass es in den Folgejahren einer opportunistischen Clique um Stalin gelang, alle Machtpositionen zu übernehmen. Gegen diese führte Trotzki in seinen letzten 15 Lebensjahren einen entschlossenen Kampf. Gleichzeitig warnte er als erster vor dem katastrophalen Potential des Faschismus. Doch anstatt diese Warnungen ernst zu

## Spitzname „die Feder“

80

starke Bände würde eine komplette Ausgabe von Trotzki's Werken umfassen, meint Trotzki-Herausgeber Helmut Dahmer.

**Leben und Schriften****> Jugend**

**1879:** Lew Dawidowitsch Bronstein wird in Bereslawka in der heutigen Ukraine als fünftes Kind einer bäuerlichen jüdischen Familie geboren.  
**1896–99:** Erste politische Aktivitäten, Verhaftung & Isolationshaft. In Haft Lektüre des Marx'schen „Kapital“ & Labriolas Schriften zu historischem Materialismus. Den Namen seines Gefängniswärters, „Trotzki“ nutzt er als Pseudonym.  
**1900:** Verbannung nach Sibirien & Ehe mit Alexandra Sokolowskaja; Geburt der ersten Tochter.

**> Exil vor 1917**

**1902:** Flucht aus Sibirien nach London, Mitarbeit an Lenins Zeitschrift Iskra. Bekanntschaft mit Natalia Sedowa – spätere Freundin, Ehefrau, lebenslange Genossin und engste Vertraute.  
**1903:** Teilnahme am II. SDAPR-Kongress in Brüssel. Positionierung zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki.  
**1905–6:** Massenstreiks und Revolution in Russland. Rückkehr aus dem Exil. Wahl zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjet. *Ergebnisse und Perspektiven.*  
**1907:** Erneutes Exil in Sibirien und erneute Flucht. Übersiedlung nach Wien.  
**1915:** Organisierung der Zimmerwalder Konferenz, gegen den Krieg

**> Trotzki, der Staatsmann**

**1917:** Rückkehr aus dem Exil nach der Februarrevolution. Beitritt zu den Bolschewiki und führende Rolle in der Oktoberrevolution.  
**1918–1921:** Bürger\*innenkrieg und Aufbau der Roten Armee.  
**1921:** Beginn des Kampfes von Lenin & Trotzki gegen die Bürokratie.  
**1922:** Wahl Stalins zum Generalsekretär der Bolschewiki  
**1924–1927:** Tod Lenins. Aufbau der Linken Opposition gegen die Stalin-Clique.  
**1917 – Die Lehren des Oktobers**

**> Exil nach 1928**

**1928:** Verbannung ins Exil auf die türkische Insel Prinkipo.  
**1929:** Eindringliche Beschäftigung mit der faschistischen Gefahr in Deutschland und Österreich, Kampf für die Einheitsfront gegen den Faschismus. *Mein Leben*  
**1930:** *Geschichte der russischen Revolution*  
**1933:** *Porträt des Nationalsozialismus*  
**1936:** *Verratene Revolution*  
**1936–1939:** Moskauer Schauprozesse & Spanischer Bürger\*innenkrieg; Exil in Mexiko. Proklamation der IV. Internationale. *Die spanische Lehre. Übergangsprogramm.*  
**20. August 1940:** Durch Stalins Geheimagenten Ramón Mercader in Mexiko mit einem Eispickel erschlagen. Trotzki stirbt am folgenden Tag.

# Trotzkis Marxismus: Eine Inspiration für heute

**Russland, 1905:** Die russischen Arbeiter\*innen kämpfen gegen die brutale Zarenherrschaft und für soziale Verbesserungen und demokratische Rechte wie Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und freies Wahlrecht – also Rechte, die zuvor in den

Das durch den „Kapitalismus von oben“ entstehende russische Bürgertum war somit von Anfang an mit den bestehenden politischen Verhältnissen verschmolzen. Trotzki's These war die Schlussfolgerung, dass in so einer Situation die Arbeiter\*innenklasse

Crops oder den Abbau von Bodenschätzen zu ermöglichen. In einem Artikel zum Thema „Landgrabbing“ schreibt die Plattform „Reset“: „In Brasilien besitzen 0,03% der Bevölkerung 45% der Anbauflächen, während fünf Millionen Familien völlig besitzlos sind. In den letzten 15 Jahren wurden aufgrund des kommerziellen Anbaus von Zuckerrohr ca. 35.000 Familien von ihrem Land vertrieben“. Besonders prickelnd: In dieser Zeit war der als links geltende Präsident Lula an der Macht, der entgegen seiner Wahlversprechen nicht die Rechte der Indigenen, sondern die Interessen von Industriellen wie dem „Sojakönig“ Matto Grosso, laut Greenpeace einer der Hauptverantwortlichen für die Zerstörung des Regenwaldes, schützte.

Trotzkis Theorie gilt also auch heute noch – und zwar in einem noch viel größerem Ausmaß als damals: Im Katastrophen-Kapitalismus des 21. Jahrhunderts kann kein größerer Kampf um demokratische Rechte wirklich erfolgreich sein, wenn er nicht auch die wirtschaftliche Basis des politischen Systems angreift. So gelang es zwar den arabischen Revolutionen vor 10 Jahren, die Diktatoren zu stürzen – nicht aber die Armut und den Hunger, auf deren Basis sie herrschten. Dass es heute in vielen dieser Länder noch schlimmer geworden ist, liegt nicht an den Revolutionen – sondern insbesondere daran, dass sie nicht weit genug gegangen sind.

## Trotzki verteidigte den Marxismus gegen Opportunismus und Dogmatismus.

großen bürgerlichen Revolutionen in Frankreich und England erkämpft worden waren. Diese erste russische Revolution wird jedoch zurückgeschlagen. Trotzki, selbst zentraler Akteur der Ereignisse, zieht aus der Niederlage eine bis dahin unerhörte Schlussfolgerung: Er bricht mit der bis dahin gängigen Revolutionsvorstellung, die besagt, dass ein Land zunächst eine erfolgreiche bürgerliche Revolution – mit dem Bürgertum an der Spitze – nach dem Vorbild Frankreichs oder Englands durchführen muss, bevor der Kampf für Sozialismus geführt werden kann.

Trotzki erkennt, dass das russische Bürgertum im 20. Jahrhundert, anders als das englische oder französische in den Jahrhunderten davor, keine materielle Interessenbasis an einer bürgerlichen Revolution hat – denn die bürgerlichen Eigentums- und Produktionsverhältnisse waren im Weltmaßstab bereits vorherrschend und auch in Russland bereits weitgehend von oben umgesetzt.

sowohl die Aufgaben der bürgerlichen als auch ihrer eigenen Emanzipation übernehmen müsste – da sie die einzige Klasse ist, in deren materiellem Interesse eine solche „permanente“ Revolution ist.

Die Frage der Landreform ist ein konkretes Beispiel dafür. In den ländlichen Regionen Russlands herrschten damals tendenziell noch halb-feudale Verhältnisse, es gab eine große Masse an Landlosen. Großgrundbesitz und Kapital waren aber, unter anderem durch Investitionen, eng miteinander verzahnt. Die Kapitalist\*innen hatten also kein Interesse an einer Landreform, da sie selbst vom Großgrundbesitz profitierten. Eine ähnliche Situation herrscht heutzutage in ökonomisch wenig entwickelten und neo-kolonialen Ländern, in denen Landraub durch internationale Konzerne ein massives Problem ist. Kleinbäuer\*innen und Indigene werden von dem von ihnen bewirtschafteten Land vertrieben, um den Anbau von Cash-





**Die Theorie** der Permanenten Revolution lässt sich auch auf den Kampf gegen die Klimakrise anwenden. Nicht nur ist der Kapitalismus deren zentrale Ursache, sondern die Interessen fossiler Kapitalfraktionen (u.a. OMV, 3. Piste, Autoindustrie) bedeuten reale Zwänge für bürgerliche Parteien. Kaum an der Macht, haben sich die Grünen auch schnell von

gertum kann kein Bündnispartner im Kampf gegen den Faschismus sein, da es und sein System die Basis für ihn bereitet. Dass das Bürgertum der radikalen Rechten gegenüber offen ist, wenn es darum geht, Profite und Investitionen zu sichern, können wir auch heutzutage beobachten. Das Handelsblatt titelte zum Beispiel nach der Wahl Bolsona-

tum schreckte vor der Revolution zurück und bremste den Kampf gegen Franco – der Faschismus siegte. Auch heute hat das Bürgertum Angst vor der mobilisierten Arbeiter\*innenklasse. Denn, einmal in Bewegung, fordert diese häufig sehr schnell weitreichende soziale Verbesserungen und stellt zum Teil auch das politische und wirtschaftliche System selbst in Frage, wie die Rebellionen der letzten Jahre in Chile, Irak oder im Libanon gezeigt haben. Das Bürgertum hat also Angst, die Arbeiter\*innen-Klasse für etwas zu mobilisieren, das ihren eigenen Machtverlust bedeuten kann.

## Ob Klimakrise oder Aufstieg des Rechtsextremismus – Trotzki's Theorien sind für heutige Kämpfe unverzichtbar.

ihren Forderungen nach einem Stopp von fossilen Großprojekten verabschiedet.

Auch Trotzki's Kampf gegen den Faschismus war von dem gleichen Gedankengang geleitet: Die jeweilige materielle Interessenbasis der Klassen ist Dreh- und Angelpunkt der Analyse. Trotzki erkennt im Faschismus eine besondere Form der bürgerlich-kapitalistischen Reaktion auf eine schwere Krise des wirtschaftlichen und politischen Systems. Das Bürgertum entfesselte den Faschismus, um die Profite zu sichern. Über eine Massenbasis im Kleinbürgertum (z.B. kleine Gewerbetreibende) und Lumpenproletariat (z.B. Langzeitarbeitslose) versuchte der Faschismus, jegliche Form der Arbeiter\*innen-Organisation zu zerstören. Trotzki's Schluss: Das Bür-

ros: „Deutsche Wirtschaft feiert den ‚Trumpf der Tropen‘“.

Die Frage ist also nicht „Faschismus oder Demokratie?“, sondern „Faschismus oder Sozialismus?“ – wie im spanischen Bürger\*innenkrieg ab 1936, an dem Trotzki aus dem Exil leidenschaftlich Anteil nahm. Die vorherrschende stalinistische Doktrin zwang die Millionen revolutionären antifaschistischen Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen in ein Bündnis mit dem „republikanischen“ Bürgertum gegen die faschistische Armee Francos. Doch genau diese scheinbare Breite erwies sich als Hindernis im antifaschistischen Kampf, denn die Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen kämpften gegen Franco und für eine Freiheit, die ihnen das Bürgertum nicht geben wollte. Das Bürger-

**Darum** argumentierte Trotzki für eine Bündnispolitik auf dem Boden der organisierten Arbeiter\*innenklasse und für ein Übergangsprogramm. Was bedeutet das? Wir müssen im hier und jetzt gegen Faschismus, Sexismus, Rassismus, andere Formen der Unterdrückung und die Klimakrise kämpfen. Da wir diese Kämpfe aber nicht im Rahmen des Kapitalismus gewinnen können, ist es notwendig, am Bewusstsein der Menschen anzusetzen und durch passende Forderungen die Brücke von den aktuellen Kämpfen zu einer sozialistischen Revolution zu spannen. Denn, wie schon Rosa Luxemburg sagte, erfordert der Kampf für den Sozialismus die Eroberung der Massen.

Philipp Chmel



## Marx aktuell

**Leo Trotzki** kämpfte mit aller Kraft gegen die stalinistische Diktatur – ein Kampf, der ihn schließlich das Leben kostete. Doch Trotzki wies beide oberflächlichen Erklärungsmuster für das Entstehen des Stalinismus zurück: Weder war die Diktatur einfach nur das Machwerk eines Bösewichts, noch war sie die unvermeidliche Konsequenz der Revolution und der Politik Lenins, wie es die bürgerlichen Geschichtsbücher gerne behaupten.

Als die Bolschewiki die Oktoberrevolution anführten, war ihnen bewusst, dass die Revolution zwar in Russland begonnen wurde, aber in Deutschland und im Rest Europas vollendet werden müsse – ohne die internationale Revolution wäre die russische verloren. Tatsächlich brach gegen Ende des Krieges eine revolutionäre Welle los. Doch nirgendwo anders war die Revo-

## Mit Marx und Engels gegen den Stalinismus

lution erfolgreich – sie wurde brutal niedergeschlagen und massakriert wie in Deutschland und Ungarn oder „totumarmt“ wie in Österreich. In beiden Szenarien spielten die sozialdemokratischen Parteien eine zentrale Rolle, um die Revolution zu verhindern.

Die junge Sowjetrepublik blieb isoliert – und sah sich sogleich einer Invasion zahlreicher militärischer Einheiten der imperialistischen Armeen ausgesetzt, für die der erste Weltkrieg trotz des sofortigen Friedensangebots seitens des revolutionären Russlands nicht zu Ende war. Sie wollten nun gemeinsam mit den gestürzten zaristischen Militärs auch die russische Revolution zu Fall bringen. Ein jahrelanger blutiger Bürger\*innenkrieg war die Folge, welchen die Bolschewiki und ihre Bündnispartner\*innen nur dank des Aufopferungswillens unzähliger Revolutionär\*innen gewannen. Die Revolution überlebte – jedoch schwer verstümmelt. Der Isolation und dem Krieg fiel nicht nur die Wirtschaft zum Opfer, sondern auch die Demokratie in den Sowjets (deutsch: Räten) und in der Partei.

In seiner Analyse des Stalinismus baut Trotzki auf Marx und Engels auf. Er zeigt auf, dass für die Entwicklung des Sozialismus der gesellschaftliche Überfluss vorhanden sein muss, welchen der entwickelte Kapitalismus produziert, da sonst „nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“ (Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie). Genau dies, so Trotzki, passierte aber in Russland, nachdem die internationale Revolution scheiterte. Das war die Basis für den Aufstieg der bürokratischen Diktatur, an deren Spitze Stalin stand: „Die gesellschaftliche Nachfrage nach einer Bürokratie entsteht immer dann, wenn scharfe Gegensätze vorhanden sind, die es zu «lindern», «beizulegen», zu «schlichten» gilt (immer im Interesse der Privilegierten und Besitzenden und immer zum Vorteil der Bürokratie selber).“ (Leo Trotzki: Verratene Revolution) Den einzigen Ausweg sah Trotzki in einer internationalen Revolution, welche auch eine politische Revolution in der Sowjetunion bedeuten müsste.

Sebastian Kugler

## Zum Weiterlesen

**Leo Trotzki:** Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Essen, Arbeiterpresse Verlag, 1997





# Trotzkismus ist revolutionäre Selbstorganisation

Zwei Tage nach der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch die Cops riefen die Täter\*innen bei der Betreibergesellschaft der dortigen öffentlichen Buslinien an. Die Polizei verlangte zwei Busse für ihre Truppen, um die Proteste niederzuschlagen. Doch die Busfahrer\*innen weigerten sich und leisteten so einen effektiven Beitrag zum Widerstand gegen

unserer heutigen Zeit spielen müssen.

In den letzten Jahren sind verschiedene Formen linker Stellvertreter\*innenpolitik groß geworden und gescheitert. Prominente Beispiele sind die Linkspolitiker Jeremy Corbyn in Großbritannien und Bernie Sanders in den USA. Sie versuchten, in den Parlamenten etwas „für“ die Menschen zu erreichen, wagten

konkrete Unterstützung. Beide suchten stattdessen wiederholt den Kompromiss mit dem bürgerlichen Lager, bis zum bitteren Ende.

**Trotzkist\*innen** sind für lebende, atmende und dynamische Arbeiter\*innenorganisationen. Sie stellen deshalb immer die demokratische Entscheidungsfindung und Selbstaktivi-

fiten einiger weniger Menschen verpflichtet ist.

Ein Beispiel solcher Selbstorganisation gab es vor kurzem in Seattle. Im Rahmen der Black Lives Matter Bewegung organisierte Socialist Alternative eine spontane Demonstration, welche in der kurzfristigen Besetzung des Rathauses mündete. Das funktionierte, weil Socialist Alternative-Mitglied Kshama Sawant als Stadträtin den nötigen Türschlüssel hat. Das war eine für sie als Trotzkistin selbstverständliche Hilfestellung für die Bewegung, die dort über Strukturen, Programm und den Weg zum Erfolg diskutieren konnte.

Ähnliches tat unsere englische Schwesterorganisation nach der katastrophalen Wahlniederlage von Labour im Dezember 2019. Auf demokratischen Konferenzen wurden Antirassist\*innen, Gewerkschafter\*innen, Leute aus der Klimabewegung sowie Menschen aus den Nachbarschaften zusammengebracht, um Forderungen und das weitere Vorgehen zu diskutieren.

Trotzkist\*innen verbinden solche Forderungsdiskussionen immer mit der Notwendigkeit eines sozialistischen Programms zur Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Solche Programme helfen

ihrerseits bei der Organisation lohnabhängiger Menschen in eine kämpferische, systemüberwindende und sozialistische Organisation.

Über den Charakter einer solchen Organisation schreiben unsere englischen Genoss\*innen: „Sie muss konsequent für Lohn-erhöhungen, ein Ende prekärer Arbeitsverhältnisse und freie Bildung als Teil eines sozialistischen Programms kämpfen. Sie muss aktiver Teil der Klimastreiks und der Black Lives Matter Bewegungen sein. Sie muss streikende Arbeiter\*innen nicht nur besuchen, sondern Teil der Mobilisierung für den Erfolg solcher Streiks sein. Sie muss eine Massenorganisation sein, welche sich der größtmöglichen Mobilisierung der Menschen in ihren Rängen verschrieben hat. Und zwar nicht nur im Wahlkampf, sondern Woche für Woche, in allen wichtigen Bewegungen.“

Das ist es, was wir meinen, wenn wir von revolutionären Parteien als aktive Selbstorganisation von lohnabhängigen Menschen zum Sturz des Kapitalismus sprechen. Das ganze Handeln und Denken Leo Trotzki war dieser Idee gewidmet. Wir machen es heute als International Socialist Alternative genauso.

**Christian Bunke**

## Lohnabhängige Menschen können sich nur selber befreien. Deshalb brauchen sie ihre eigene unabhängige, revolutionäre Organisation.

staatliche Repression. Den Anstoß dafür gab der Busfahrer Adam Burch – Mitglied unserer US-Schwesterorganisation Socialist Alternative.

Ein kleines Beispiel, und doch so wichtig. Denn hier zeigt sich praktisch ein zentraler Aspekt trotzkistischer Denkrichtung: Es sind die Lohnabhängigen, die alles am Laufen halten. Es sind die Lohnabhängigen, die das kapitalistische Getriebe stoppen können. Es sind deshalb auch die Lohnabhängigen, welche die zentrale Rolle in jeder revolutionären Bewegung

aber nicht, „mit“ den Menschen in Betrieben und auf der Straße die geforderten Veränderungen zu erkämpfen.

Ja, es gab in beiden Fällen Ansätze echter Massenorganisation. Diese waren in den Augen beider Politiker als Flugblattverteiler\*innen und Kulisse von Großkundengebungen durchaus nützlich. Doch wenn aus diesen Initiativen Versuche gestartet wurden, bürgerliche Kräfte bei den US-Demokrat\*innen oder der Labour-Partei zurückzudrängen, erhielten sie von Corbyn und Sanders kaum

tät der Lohnabhängigen in den Mittelpunkt. Die immer noch andauernde Corona-Pandemie war und ist ein großer Test für diese Methode. Egal ob in Belgien, Großbritannien oder Österreich: Überall fordern Trotzkist\*innen, dass die Beschäftigten selber darüber entscheiden können müssen, ob ein Betrieb weitergeführt werden kann, ob er zeitweise geschlossen werden kann und welche Sicherheitsmaßnahmen nötig sind. Hier kann es kein Vertrauen in die Organe eines Staates geben, der letztendlich nur den Pro-



# Corona: Die Folgen für die Jugend...

**Die Perspektiven** für die Jugend haben schon zu Beginn des Jahres nicht gerade bestens ausgeschaut. Durch die Corona-Krise wurden schon vorhandene soziale Probleme weiter verschärft. In den vergangenen Wochen haben viele junge Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, oder sie sind in Kurzarbeit geschickt worden. Finanzielle Reserven, um diese Zeit zu überbrücken, fehlen. Auch für Jugendliche, die sich noch in der Schule oder in Ausbildung befinden, ist die Situation nicht viel besser. Kinder aus sozial benachteiligten Milieus haben oft zu Hause nicht die technischen Ressourcen oder Eltern mit genügend Zeit, um im „Home Schooling“ nicht den Anschluss zu verlieren. Die Folge: Diejenigen, die es schon vor der Krise am schwersten hatten, hat es auch am härtesten getroffen.

Dazu kommen noch die Folgen der durch Corona ausgelösten Wirtschaftskrise: Das wird neue, sehr negative Erfahrungen bringen und uns noch lange begleiten. Armut und soziale Probleme, die wir bisher nur aus dem Ausland oder Geschichtsbüchern kannten, werden zur unmittelbaren Bedrohung werden. Und junge Menschen wird es besonders stark treffen.

Diese Aussichten führen dazu, dass gerade unter Jugendlichen psychische Probleme zunehmen. Dabei waren psychische Störungen schon vor Corona ansteigend. Eine Studie aus dem Jahr 2017 zeigte auf, dass ein Viertel aller Jugendlichen in Österreich unter einer psychischen Erkrankung leidet. Dies verschlimmert sich nun weiter. Erste Untersuchungen zu den psychischen Auswirkungen von Corona zeigen, dass sich bestehende psychische Symptome verschlimmert haben und bereits überwundene Traumata reaktiviert wurden.

**Die Wut** unter Jugendlichen gerade aus der Arbeiter\*innenklasse nimmt verständlicherweise zu. Während sie nicht wissen, wie sie die nächste Miete zahlen sollen, leben ihre Altersgenoss\*innen aus reichen Familien in den teuersten Wohnungen. Arbeiter\*innen-Kinder zahlen hohe Strafen, weil sie sich kurz mit Freund\*innen im Park treffen, die anderen feiern ungestört im Penthouse. Diese Wut muss aufgegriffen werden, um Verbesserungen zu erkämpfen. Die Antwort auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme liegt im gemeinsamen Widerstand.

Nicolas Prettnner



## ... und ihre Antwort darauf

**2019 war die Jugend** weltweit auf der Straße. Corona hat zur Zwangspause geführt. Aber rasch

sie über 1 Jahr lang auf den Straßen. Und trotz Corona haben sich Jugendliche auf der Pride gegen die Unter-

lernt werden. Das politische Programm ist meistens noch vage, und dort wo konkret, nicht sehr weitgehend – aber es entwickelt sich auch im Kampf weiter. Ein Fortschritt ist, dass viele Teilnehmer\*innen an einem Protest diesen mit anderen Themen verbinden und zu einer generelleren Systemkritik kommen. Der nächste Schritt muss von einem gemeinsamen Label zur Organisation sein. Bisher gibt es keine fixen Strukturen, keine Programmdiskussionen, keinen organisierten Druck. Doch genau das braucht es, um die Bewegungen auf die nächste Stufe zu heben und so dem System den Kampf anzusagen. **Peter Hauer**

*Die Alten klagen zwar entsetzlich über die Jugend [...], lasst sie [...] eigene Wege gehen (Engels)*

wurden Protestformen an Corona angepasst. Beim Wahlkampfauftakt für Trump wurden 1 Millionen Tickets angefragt, aber nur 6.200 Menschen waren vor Ort. Jugendliche hatten sich auf TikTok abgesprochen und gemeinsam Trump sabotiert. BLM ist von Jugendlichen dominiert, fürs Klima waren

drückung von LGBTQ+ Personen gestellt.

In all diesen Protesten beobachten die Jugendlichen sehr genau, was sich in anderen Ländern abspielt, fühlen sich solidarisch und übernehmen Slogans und Methoden. Dieser Internationalismus ist ein wichtiger Faktor. Nun muss das Kämpfen in der Praxis ge-

## SLP-Sommercamp: Sommer, Sonne, Sozialismus!

**Unser Sommercamp** vom 23.-30.8. im Kinderland-Ferierendort Turnersee/Zablaško Jezero in Kärnten/Koroška ist ein Angebot an politisch Interessierte, die auch mal Urlaub brauchen. Das Camp ist die perfekte Mischung aus Erholung, Freizeitangeboten und politischen Diskussionen – und das alles corona-sicher! In Absprache mit dem Kinderland-Ferierendort haben wir corona-gerechte Maßnahmen

vereinbart. Es gibt viel Platz, ordentliche Bungalows und auch Einzelzimmer. Das Camp wird stattfinden, wenn keine neuen Verbandsverbote verhängt werden.

**Neben über 15** verschiedenen Arbeitskreisen zu spannenden Themen aus der internationalen Arbeiter\*innenbewegung, marxistischer Theorie und praktischen Workshops wird es viel Zeit

zum Baden, Grillen, Wandern, Sonnen usw. geben. Wir erwarten wieder eine ganze Reihe internationaler Gäste, die uns aus den aktuellen Klassenkämpfen und der Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung ihrer Länder erzählen werden.

Kosten für Essen, Bett und Programm für 7 Tage: 195€ / Sozialpreis: 165€

**Anmeldung und Fragen:** till@slp.at

## Held des Monats



**Adam Burch** ist Mitglied unserer US-Schwesterorganisation Socialist Alternative. Er ist Busfahrer in Minneapolis. Als die Polizei wollte, dass er verhaftete Black Lives Matter-Demonstrant\*innen transportiert, weigerte er sich. Zahlreiche Kolleg\*innen in verschiedenen Städten machten es ihm nach.





# Drohende Eskalation im Nahen Osten

Die **Drohung** der israelischen Regierung, mit Unterstützung des Trump-Regimes eine Annexion (erzwungene Eingliederung) von bis zu 30% des besetzten Westjordanlandes durchzuführen, stellt einen gefährlichen Wendepunkt im israelisch-palästinensischen Konflikt dar. Sie ist ein schwerer Angriff auf das Selbstbestim-

dattentate und das wahllose Abfeuern von Geschossen gegen israelische Zivilist\*innen der israelischen Rechten als Vorwand, um Unterstützung für Staatsterrorismus und Militäroffensiven zu mobilisieren.

Der jetzigen Koalition ging eine beispiellose politische Krise mit drei Wahlen voraus. Die beiden Blöcke, die nun die

wird den Prozess untergraben, der in den letzten Jahren zu einer Allianz zwischen den zentralen pro-US-arabisch-sunnitischen Regimes (v.a. Saudi-Arabien, Ägypten, VAE) und Israel gegen den Iran geführt hat. Die dortige Diktatur könnte wiederum versuchen, unter dem falschen Vorwand der 'Solidarität' militärisch einzugreifen.

bruch der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) führen. Die soziale Situation ist bereits jetzt dramatisch. Durch Pandemie und Krise schätzt die Weltbank eine Verdoppelung der offiziellen Armutsquote in den Enklaven der PA. Mögliche Aufstände der palästinensischen und arabischen Massen würden einer Welle revolutionärer Bewegungen in Algerien, Sudan, Irak und Libanon folgen.

israelische Regierung zu stoppen. Gemeinsame Proteste in Israel von Jüd\*innen und Araber\*innen, um an breitere Teile der Arbeiter\*innenklasse zu appellieren und eine Mobilisierung gegen die allgemeine arbeiter\*innen-feindliche Agenda der Regierung.

➤ Errichtung demokratischer Aktions- und Verteidigungsausschüsse in den besetzten Gebieten, um der täglichen Gefahr tödlicher Repression entgegenzuwirken.

➤ Zusammenarbeit im Kampf von Arbeiter\*innen und Armen auf beiden Seiten der Spaltung. Nur das schafft Voraussetzungen für die Überwindung nationalistischer Vorurteile. Kampf gegen rechts-nationalistische sowie antisemitische Elemente, die in die Bewegung eingreifen versuchen.

➤ Enteignung der besitzenden Klassen, die hinter der regionalen Militärmaschinerie stehen, um Armut und massive materielle Ungleichheit zu beenden.

**Jegliche Annexion im Westjordanland wird eine politische, militärische und soziale Kettenreaktion auslösen.**

mungsrecht von Millionen Palästinenser\*innen. Dem Ganzen liegt ein Konzept im Geiste der Apartheid zugrunde. Die Auswirkungen auf die israelische Klassen-Gesellschaft sind ebenso schwerwiegend. Die Hoffnungen von Millionen israelisch-jüdischen Arbeiter\*innen und Armen auf Frieden und Sicherheit werden weiter geschmälert.

Seit dem Krieg von 1967 gibt es immer wieder Morde an Palästinenser\*innen im Westjordanland und in Ostjerusalem durch israelische Truppen und rechte Siedler\*innen. Demgegenüber dienen die destruktiven Methoden der Hamas, darunter ihre Selbstmor-

Regierung bilden, sind über konkrete Schritte bisher noch uneins. Die herrschende Klasse ist in dieser Frage offen gespalten. Selbst Generäle und hochrangige Beamte stellen sich gegen den ihrer Ansicht nach abenteuerlichen Kurs Netanjahus und Trumps. In den USA fürchtet die Mehrheit der herrschenden Klasse und der Geheimdienste Destabilisierung und dadurch eine Schädigung der Interessen des US-Imperialismus. Allerdings erlaubt der Koalitionsdeal Netanjahus, die Frage der Annexion auf Regierungs- oder Parlamentsebene zu entscheiden. Jegliche Annexion

**Lediglich 4%** der israelischen Bevölkerung betrachten den Annexionsplan als wichtigste Aufgabe der Regierung, während 68% die Wirtschaftskrise nannten. Es gab bereits Proteste auf beiden Seiten der nationalen Spaltung, von muslimischen Palästinenser\*innen und jüdischen Israelis. Gleichzeitig wachsen die nationalistischen Spannungen. Das israelische Militär bereitet sich auf eine 'Kriegssituation' vor. Die beiden dominierenden palästinensischen Fraktionen, Hamas und Fatah, warnen vor einem neuen allgemeinen Aufstand ('Intifada'). Eine Aufhebung der Vereinbarungen mit Israel könnte zum Zusammen-

**Sozialist\*innen** in Israel/Palästina kämpfen gegen die Annexion und für eine sozialistische Zweistaaten-Lösung. Das bedeutet:

➤ Angesichts der tiefen Spaltung braucht es ein Programm, um dem gegenwärtigen Misstrauen entgegenzutreten: für zwei gleichberechtigte demokratische sozialistische Staaten in einer freiwilligen Konföderation mit zwei Hauptstädten in Jerusalem. Selbstbestimmungsrecht für alle & volle soziale und rechtliche Gleichstellung für alle jeweiligen Minderheiten, und zwar in nicht-segregierten Gemeinden.

➤ Mobilisierung von Arbeiter\*innen und Jugendlichen, um den Plan zum Scheitern zu bringen und die



# Pfleger\*innen im Kampf

Der Ausbruch von Covid-19 hat allen deutlich gemacht, wie wichtig die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich sind. Trotzdem leiden sie weltweit unter schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen. Gleichzeitig stehen die Beschäftigten in der letzten Zeit an der Spitze der Arbeitskämpfe – und das nicht nur in Österreich.

Im Mai versuchte die belgische Regierung, durch ein „königliches Dekret“ Arbeitsplätze im Gesundheitssektor zu flexibilisieren und auszulagern sowie Pflegeaufgaben auf unausreichend ausgebildete Arbeitnehmer\*innen abzuwälzen – ganz wie die geplante „Pflegelehre“ in Österreich. Ihre Aussage war, dass dies wegen COVID-19 notwendig sei. Tatsächlich war es ein Versuch, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor zu verschlechtern, um Kosten zu sparen. Die Beschäftigten stellten sich dagegen. Als Premierministerin Wilmès am 16. Mai das St. Pierre-Krankenhaus in Brüssel besuchte, um zu zeigen, dass sie sich um die „Held\*innen“ im Kampf gegen die Pandemie „kümmert“, protestierten die Beschäftigten, indem sie ihr den Rücken zukehrten. Zwei Tage

später wurde das „königliche Dekret“ ausgesetzt.

In den USA spielt die Gewerkschaft National Nurses United (NNU) eine Schlüsselrolle im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal. Schon zu Beginn der Pandemie organisierten Pfleger\*innen zahlreiche Proteste für notwendige Schutzausrüstung vor Spitälern, z.B. in New York. NNU hat auch das Thema Covid-19 mit der Black Lives Matter in Verbindung gebracht und erklärt, dass aufgrund der sozialen Ungleichheit Minderheiten einem besonders hohen Infektionsrisiko ausgesetzt sind – und oft in den gefährdetsten Berufen arbeiten. NNU fordert auch, die enormen Polizeibudgets zu kürzen und das Geld in die Finanzierung der Gesundheitsversorgung umzuleiten.

Bei jeder Lockerungsmaßnahme – aber auch bei notwendigen Schutzmaßnahmen im Angesicht einer zweiten Welle – müssen die Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialbereichs eine zentrale Rolle bei der Entscheidung darüber spielen, was wie geschehen soll. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere gesundheitlichen Interessen über die Interessen der Profite gestellt werden.

**Brettros**



## Die Hungerkrise kommt

Die UNO warnt vor der schlimmsten Hungerkrise seit mindestens 35 Jahren. Die Zahl jener, die akuten Mangel an Nahrung haben,

na-Infektion aussetzen. Aber auch in reichen Ländern führt die beginnende Wirtschaftskrise dazu, dass Menschen sich nicht

*Hunger ist kein Schicksal – sondern das Ergebnis des kapitalistischen Nahrungsmittelmarktes.*

wird sich bis Jahresende verdoppeln. Auslöser sind Ernteausfälle durch den Corona-Lockdown und die Klimaveränderungen. Dazu kommen noch Heuschreckenschwärme, Biodieselproduktion etc. Vor allem in den neokolonialen Ländern müssen sich Menschen entscheiden, ob sie verhungern oder sich dem Risiko einer Coro-

na-Infektion aussetzen. Aber auch in reichen Ländern führt die beginnende Wirtschaftskrise dazu, dass Menschen sich nicht

ausreichend Ernährung leisten können. Das liegt allerdings nicht daran, dass es „zu wenig“ Nahrung gäbe. Es ist eigentlich genug da. Kein Mensch auf der Welt müsste Hunger leiden. Doch im Kapitalismus wird Nahrung produziert, um verkauft zu werden – nicht um gegessen zu werden. 70% des Handels mit Ge-

treide, Reis und Mais liegt bei den 4 Unternehmen der ABCD-Gruppe, eine Handvoll Supermarktketten kontrolliert den Weltmarkt: Solange Nahrung dem Profitwahnsinn des Marktes überlassen bleibt, produziert das Hunger trotz Überfluss! Während die Lebensmittelpreise in die Höhe schnellen, verzeichnet Nestlé das größte Wachstum seit 5 Jahren. Eine Milliarde Menschen arbeitet in diesem Bereich, wir alle brauchen Nahrung: Höchste Zeit, die Nahrungsmittelproduktion der Profitwirtschaft zu entziehen und nachhaltig im Sinne der menschlichen Bedürfnisse zu organisieren!

**Sonja Grusch**

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

## Hong Kong vs. Xi

Das neue Gesetz des chinesischen Regimes verfolgt jegliche „Subversion“. Das heißt: Das Regime zu kritisieren ist verboten, Forderungen nach Selbstbestimmung auch, ebenso wie sogenannter „Terrorismus“ – was in den Augen des Regimes jegliche Form oppositioneller Aktivität sein kann. Auch „Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften“ ist untersagt. Strafmaß: lebenslange Haft-

strafen oder sogar Todesstrafe. All das öffnet auch der Verfolgung von ISA-Aktivist\*innen Tür und Tor.

Obwohl durchgängig aufgrund ihrer politischen Aktivität bedroht, sind die Genoss\*innen von „Socialist Action“, mit Forderungen nach vollen demokratischen Rechten, Sozialismus und der Ausweitung der Proteste auf Festland-China aktiv.

<https://www.socialism.hk/>

## ISA Nigeria

Movement for a Socialist Alternative (MSA) ist die neue Sektion der ISA in Nigeria.

Die Aufgabe, die MSA sich setzt: sozialistisches Bewusstsein in die Arbeiter\*innenklasse und in die Nachbarschaften zu bringen. MSA kämpft für Frauenrechte und gegen sexuellen Missbrauch. Auch ein Protest vor der iranischen Botschaft gegen Exekutionen von Oppositionellen wurde organisiert.

[socialistmovementng.org/](http://socialistmovementng.org/)

## Njet!

In Russland organisierte Putin ein Pseudo-Referendum, mit dem er sich noch mehr Macht sicherte. Mit echter Demokratie hatte das Referendum nichts zu tun. Es wurden Millionen gefälschte Pro-Stimmen fabriziert und wer sich weigerte, für Putin zu stimmen, konnte seinen Job verlieren. Die liberale Opposition stellte sich zwar zunächst in Worten gegen die Scheinabstimmung, gab jedoch

bald nach. Die „Sozialistische Alternative“ – ISA in Russland – war die einzige Organisation, die eine kompromisslose Kampagne gegen Putins Plan organisierte. Über 43.000 Personen teilten ihr erstes Statement in den sozialen Medien. Flyer und Plakate wurden in zahlreichen Städten reproduziert, verteilt und aufgehängt, trotz des Risikos und der Repression.

<https://socialist.news/>





# Sozialvereine: Outsourcing der Wohlfahrt

**Umfragen zeigen**, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die „Sicherstellung einer adäquaten Gesundheitsversorgung“ als zentrale staatliche Aufgabe an-

den. Viele psychosoziale Netzwerke, wie promente oder EXIT-sozial, kamen ursprünglich aus der Psychiatrie-Kritik, in Opposition zum Wegsperrten von Menschen mittels zweifel-

tenmodell“, das festlegt, wie viel was kosten darf. Dabei unterboten sich die Träger aber immer stärker gegenseitig. So entsteht ein Konkurrenzdruck nach unten, der dazu führt, dass

ben unsere Proteste gegen Kürzungen unterlaufen, in dem sie verlauten ließen, dieses Kürzungsvolumen ohne Verschlechterungen beim Personal umsetzen zu können.“ Deshalb waren es oft die Beschäftigten, die gegen Kürzungen und für mehr Mittel auf die Straße gegangen sind.

Als Sozialist\*innen kämpfen wir für eine vollumfassende staatliche Daseinsfürsorge. Es kann nicht sein, dass der Staat so eine sensible gesellschaftliche Aufgabe privaten Trägern und der Kirche überlässt. Wir wollen ein Sozialsystem aus einer Hand, doch mit vielen Gesichtern. Denn es geht nicht darum, die verschiedenen Ansätze und Strukturen abzuschaffen. Wir brauchen echte Selbstverwaltung statt einer privatwirtschaftlichen Betriebsführung und eine gesamtgesellschaftliche Planung statt Konkurrenz um Förderungen.

**Das Sozial-** und Gesundheitswesen muss in die Hände derer, die darin arbeiten, die es in Anspruch nehmen und der Gesellschaft, die ein Interesse am Wohl aller haben muss! Doch die Übernahme von Einrichtungen in die öffentliche Hand muss

mit dem Kampf für mehr Budget und dem Aufbau demokratischer Strukturen verbunden werden. Die Kolleg\*innen in den Betrieben sind die wahren Expert\*innen und die Klient\*innen wissen selbst am besten, was sie brauchen. Geschäftsführungen und Politiker\*innen dürfen nicht länger über unsere Köpfe hinweg entscheiden. Lokale und bundesweite Planungskommissionen, bestehend aus gewählten Vertreter\*innen der Beschäftigten, Betroffenen und Gesellschaft, sollen über die Höhe der Mittel und was damit passieren soll entscheiden.

In einem Staat, der dazu dient, den Kapitalismus zu verwalten; in einem System, wo Menschen mit Betreuungsbedarf und soziale Arbeit als reine Kostenfaktoren gesehen werden, wird so ein Konzept auf Widerstand stoßen. Deshalb kämpfen wir auch für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Wahrung menschlicher Bedürfnisse, ein gesundes soziales Gefüge und die freie Entfaltung von allen gewährleistet ist. Profitinteressen stehen dem grundsätzlich entgegen.

**Jan Millonig,**  
Krankenpfleger

## Privatwirtschaftliches Handeln erschuf einen Niedriglohnsektor und öffnete Unterfinanzierung Tür und Tor.

sieht. Gleichzeitig haben immer weniger Menschen Vertrauen in die staatliche Versorgung und fürchten ohne private Vorsorge nicht abgesichert zu sein. Das drückt das Dilemma des heutigen Sozialstaates aus, der von der Arbeiter\*innenbewegung hart erkämpft, doch der neoliberalen Offensive der letzten Jahrzehnte immer stärker zum Opfer gefallen ist.

Wo staatliche Unterstützung fehlt oder nur als reine Verwahrungsstätten mit schlechten Bedingungen vorhanden ist, haben sich, neben kirchlichen Organisationen, oft auch Betroffene und Fachleute selbst organisiert und eigene Strukturen geschaffen. Zum Beispiel ist die Lebenshilfe, einer der größten Träger in der Behindertenbetreuung, als Elternbewegung entstan-

hafter Diagnosen. Heute kennen wir sie als Organisationen im Sozialbereich, zuerst neben der staatlichen Wohlfahrt und dann immer stärker von dieser beauftragt. Mittlerweile ist das österreichische Sozialsystem ohne die privaten Vereine mit rund 200.000 Beschäftigten nicht mehr denkbar.

Doch die „Selbstverwaltung“ hat nicht mehr so viel mit der Selbstorganisation der Betroffenen zu tun, sondern wurde zum festen Baustein der neoliberalen Strategie der Regierenden. Der Staat agiert nur mehr als Auftrags- oder Fördergeldgeber, während die Verantwortung ganz auf die Vereine übertragen wurde und diese wie Unternehmen geführt werden. Es gibt Preise pro Betreuungsauftrag und wie beim Land Oberösterreich ein „Normkos-

Beschäftigte oft nach zu niedrigen Verwendungsguppen entlohnt, ältere Dienstnehmer\*innen „zu teuer“ und diverse Zulagen umgangen werden. Dadurch spart sich der Staat Millionen und kann sich bei der Umsetzung abputzen. Gleichzeitig verlangen die Landesregierungen aber immer höhere „Effizienzsteigerung“, „Strukturoptimierung“ und „Kostentransparenz“, bei immer niedrigerem Budget versteht sich.

Leider haben die Geschäftsführungen der Organisationen „bisher eher damit gegläntzt, als Erfüllungsgehilfen einer maßlosen Ökonomisierung den Druck der Landesregierung unvermindert auf die Belegschaften zu übertragen“, wie Thomas Erlach (Betriebsrat bei EXIT-sozial) beschreibt. Und weiter: „Die Arbeitgeber ha-



# Fünf Gründe, warum...

**1** Wahl vor dem Hintergrund des Wunsches nach Stabilität: Umfragen deuten darauf hin, dass bei der Wahl die Parteien des Status Quo von der aktuellen Situation profitieren. Es wird keinen

wir mit Organisierungskampagnen anknüpfen.

**3** Schwerpunkt auf den Gesundheits- und Sozialbereich: Die Beschäftigten standen nicht nur während Corona in der ersten Reihe, sondern kämpfen

zu weit auseinander. Der Fokus auf Organisation, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich, wird von Links nicht geteilt. Wir wiederum teilen die exklusive Wahlorientierung von Links nicht.

**5** Gemeinsam organisieren: Wir rufen dazu auf, Links zu wählen, weil eine Stimme für Links am ehesten Widerstand am Stimmzettel ausdrückt. Die Hauptsache ist jedoch, diesen Widerstand in den Betrieben und Nachbarschaften zu organisieren. Wir laden Links dazu ein, sich im Rahmen des Wahlkampfes an den Kampagnen im Gesundheits- und Sozialbereich zu beteiligen.

Einen ausführlichen Artikel findet ihr auf unserer Website.

## ... die SLP bei den Wien-Wahlen nicht antritt.

Raum für einen linken Durchbruch geben.

**2** Politisierung abseits der Wahl: Zuletzt haben die Klimabewegung und die Black Lives Matter Proteste gezeigt, dass es auch in Österreich eine wachsende Politisierung, vor allem unter jungen Menschen, gibt. An dieser Politisierung wollen

schon jahrelang gegen Kürzungen und schlechte Arbeitsbedingungen. Deshalb ist dieses Thema im Zentrum unserer politischen Arbeit.

**4** Links: Dieses Jahr tritt die KPÖ gemeinsam mit dem Projekt Links an. Wir haben als SLP Diskussionen mit Links geführt, doch die Vorstellungen liegen

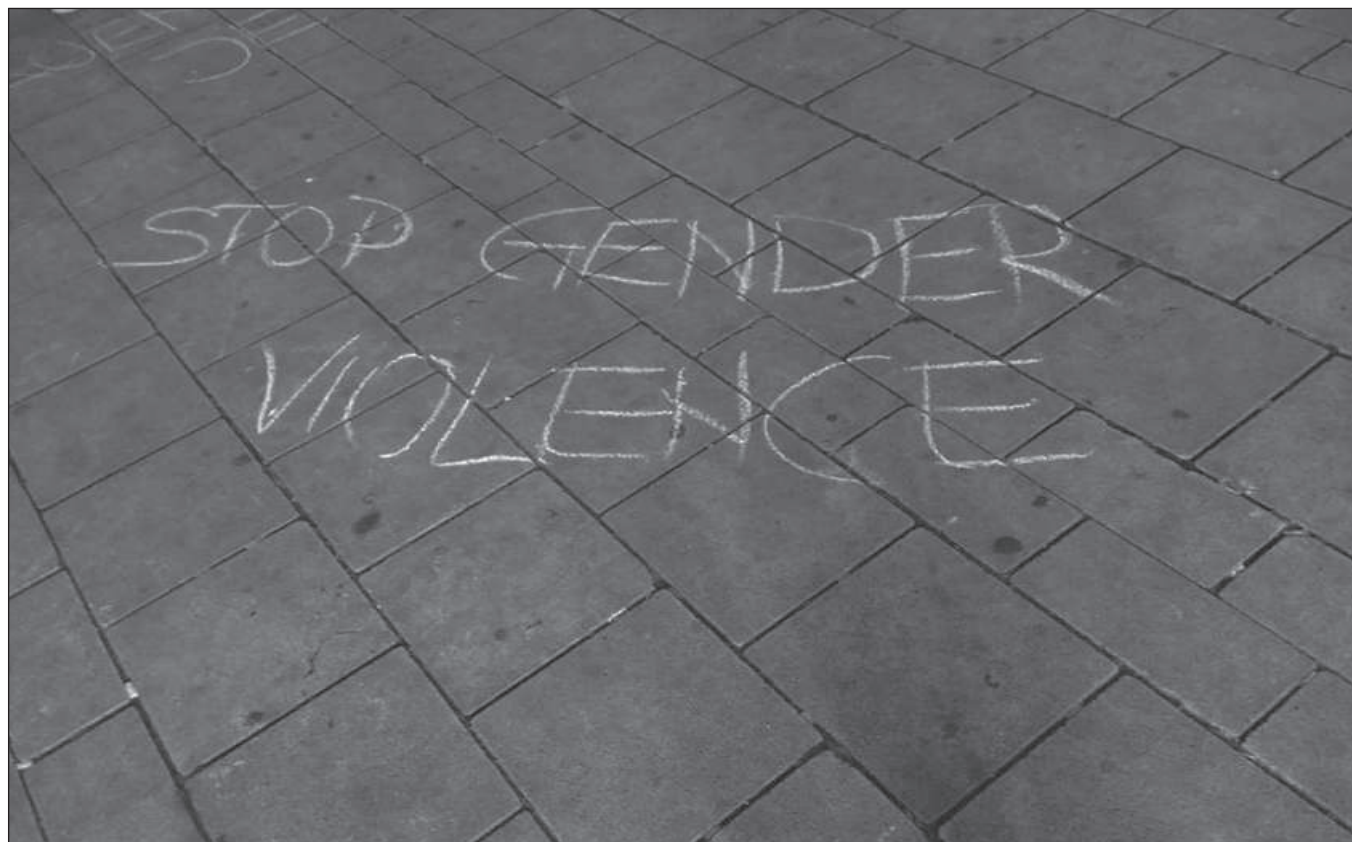
## Vor 250 Jahren...



...wurde G. W. F. Hegel geboren. Seine Philosophie der Dialektik und der historischen Analyse wurde insbesondere durch die Erfahrungen der Französischen Revolution angestoßen. Für Hegel verwirklichte sich hier eine Idee in der Geschichte; dies war der Anlass für die Entwicklung seiner idealistischen Philosophie, welche die bürgerliche Gesellschaft theoretisch durchdrang. Die dialektische Logik hat nicht nur die Geschichte theoretisch verallgemeinert, sondern auch die Kategorien des bürgerlichen Denkens beschrieben. Damit wurde die bürgerliche Gesellschaft für Marx kritisierbar, der Hegels Dialektik materialistisch wendete und Hegel damit „vom Kopf auf die Füße“ stellte.

# Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme.
- Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



## Frauenmorde: Jeder ist einer zu viel!

Am 25. Juni ermordete ein Mann in Imst seine Ehe-

Frauenmorde von 19 auf 39. Diese Morde sind kei-

der Form von Armut, die es Frauen oft unmöglich

Die soziale Misere wird einen zusätzlichen Anstieg von häuslicher Gewalt bedeuten. Statt Krokodilstränen braucht es jetzt den Kampf für eine drastische Senkung der Mieten, die Ausfinanzierung von Frauenhäusern, Mindestlohn und Arbeitslosengeld von 1700 Euro, sowie anti-sexistische gewerkschaftliche Kampagnen in den Betrieben!

Lukas Kastner

### Gemeinsam kämpfen gegen sexistische Gewalt!

frau - die Serie von Frauenmorden reißt nicht ab. Allein in diesem Jahr wurden bereits 11 Frauen (Stand: Ende Juni) ermordet. Von 2014 bis 2019 stieg die Zahl der jährlichen

ne "Beziehungsdramen". Sie sind das Ergebnis von systematischer Frauenunterdrückung im Kapitalismus - sowohl in der Form von konservativen Rollenbildern als auch in

macht, aus Gewaltbeziehungen auszubrechen. Der Corona-Lockdown hat die Gewalt gegen Frauen noch einmal massiv verstärkt. Eine zweite Welle wird dramatische Folgen haben.



Gibt es nicht aus Profitstreben.  
Gibt es aus Überzeugung.

- > Berichte
  - > Hintergründe
  - > Analysen
- aus sozialistischer Sicht.



Jetzt abonnieren!  
Monat-Abo: € 24,-  
Sozial-Abo: € 14,-  
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)  
All-Inklusive-Abo: ab € 7,-/Monat  
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:  
BAN: AT 2560000000 8812733  
BIC: OPSWATWW



www.slp.at | slp@slp.at | /slp.cwi

### Termin

**SLP-  
Sommer-  
camp!**

**23.-30.8.**

Turnersee/Kärnten

**Coronasicher  
entspannen  
und diskutieren!**

Anmeldung unter:  
till@slp.at

### Treffpunkte

#### GRAZ

SLP-Ortsgruppe  
jeweils Donnerstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Culture Exchange'  
Grazbachgasse 47

#### LINZ

SLP-Ortsgruppe  
jeweils Dienstag, 18<sup>00</sup> Uhr  
in der 'Alten Welt'  
Hauptplatz 4

#### SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe  
jeweils Freitag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
(Nähe Mirabellplatz)

#### VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe  
jeden 2. Donnerstag,  
(Genauere Termine findest du auf  
der SLP-Website)

#### WIEN

SLP Wien West  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr  
in der  
'Zypresse'  
7; Westbahnstraße 35a  
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1  
jeweils Dienstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im SLP-Büro  
20; Pappenheimgasse 2/1  
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2  
jeweils Donnerstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im SLP-Büro  
20; Pappenheimgasse 2/1  
(Bei "Büro" läuten)